



BESCHLUSSBUCH
BUNDESKONFERENZ DER
ARBEITSGEMEINSCHAFT
SPD 60 PLUS

18. UND 19. OKTOBER 2013, STADTHALLE BAUNATAL

www.ag60plus.de

Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft 60 plus
Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin, Telefon 030/25591-403
E-Mail: 60plus@spd.de

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Übersicht Angenommene und überwiesene Anträge	1 - 3
Leitantrag	4 - 15
Altersicherung	16 - 19
Gesundheit und Pflege	19 - 23
Organisationspolitik	24 - 26
Teilhabe	26 - 27
Wohnen	27 - 28
Sonstiges	29 - 38
II. Resolutionen	38 - 40
III. Weitere Anträge	40 - 41

Bundeskonzferenz 18./19.10.2013 Baunatal		Alle Anträge mit Initiativanträgen Angenommen, Überwiesen		Datum: 28.11.13
	Überschrift	Beschluss	Seite	
L1	Bezahlbares und altersgerechtes Wohnen im ländlichen Raum und in der Sozialen Stadt	(Angenommen)	4 - 15	
	Alterssicherung			
A1	Altersarmut bekämpfen	(Angenommen)	16 -18	
A3	Ergänzung des Rentenkonzeptes der SPD	(Angenommen)	18	
A5	MINIJOBS: Niedriglohnfalle und Rentenrisiko für Frauen	(Angenommen)	18	
A6	Arbeit im Alter	(Angenommen)	19	
	Gesundheit und Pflege			
G2	Vereinbarkeit von Pflege und Beruf verbessern!	(Angenommen)	19 – 20	
G3	Auch ältere Menschen müssen realen Anspruch auf Rehabilitationsmaßnahmen haben	(Angenommen)	20	
G4	Leistungen der Pflegeversicherung müssen verbessert werden	(Angenommen)	20 – 21	
G5	Flächendeckende Landarztversorgung	(Angenommen)	21	
G6	Bezahlbare Krankenversicherung auch für Geringverdiener	(Angenommen)	21	
G7	Keine Ökonomisierung der Patienten im Gesundheitswesen	(Angenommen)	22	
G8	Finanzielle Ausstattung und finanzielle Sicherheit der gesetzlichen Krankenversicherung	(Überwiesen als Material an den SPD-Parteivorstand)	22	
G9	Förderung der ambulanten Hospizarbeit	(Angenommen)	23	
G10	Bereitschaftsdienstzentralen wieder wohnortnah einrichten	(Angenommen)	23	

	Organisationspolitik		
Ini3	Fachreferat Generationenpolitik einrichten	(Angenommen)	24
O4	20 Jahre SPD 60plus	(Angenommen)	24
O5	Grundmandate bei der Bundeskonferenz AG SPD 60 plus	(Angenommen)	25
O6	Mit Bundeskonferenz und Aktionstag Profil zeigen	(Überwiesen als Material an 60plus Bundesvorstand)	25
O8	Zukünftige Wahlprogramme	(Angenommen)	26
	Teilhabe		
T2	Ehrenamtliches Engagement verträgt keine Altersgrenzen	(Angenommen)	26
T3	Lebenslanges Lernen: Medienkompetenz	(Angenommen)	27
	Wohnen		
W2	Wohnungswirtschaft	(Angenommen)	27 – 28
W3	Preiswerten Wohnraum schaffen	(Überweisung an die SPD-Landtagsfraktionen und die Bundes-SGK)	28
	Sonstiges		
Ini2	Energiekosten senken	(Angenommen)	29
S2	Steuerhinterziehung gekämpfen	(Angenommen)	30
S4	Sicherheit in ÖPNV	(Angenommen)	30
S5	Lagerung von Castoren mit hochradioaktiven Atomabfällen aus den Wiederaufbereitungsanlagen Le Hage (Frankreich) und Sellafield (Großbritannien)	(Überweisung als Material an SPD-Fraktion)	31
S6	Verbot von Fracking	(Überweisung als Material an SPD-Bundestagsfraktion)	31
S7	Rüstungsexporte und militärische Auslandseinsätze	(Angenommen)	32
S8	Gegen die Streichung der Prozeßkostenbeihilfe	(Angenommen)	32

S9	Erstellung und Veröffentlichung des Armuts- und Reichtumsbericht durch einen außenstehenden unabhängigen Experten	(Angenommen)	33
S12	Besserer Verbraucherschutz durch verlässliche Lesbarkeit	(Angenommen)	33
S13	Festhalten an der uneingeschränkten strafrechtlichen Verfolgung bei Steuerhinterziehern	(Angenommen)	33 – 34
S14	Für eine solidarische und sozial gerechtere Gesellschaft	(Überwiesen als Material an den SPD-Parteivorstand)	34 – 38
	Resolutionen		
	Sozialdemokratische Ziele ins Zentrum zu stellen	(Angenommen)	38 – 40
	Zukunft Europa oder wieder Kleinstaaterei? Es führt kein Weg zurück!	(Angenommen)	40 – 41

Bezahlbares und altersgerechtes Wohnen im ländlichen Raum und in der Sozialen Stadt

(Angenommen)

1. Einleitung

5

Die SPD AG 60 plus begrüßt die weiterhin steigende Lebenserwartung in Deutschland. Aufgrund der anhaltend niedrigen Geburtenrate haben wir in Deutschland eine älter werdende Gesellschaft – der Anteil der über 60-Jährigen sowie der über 80-Jährigen an der Gesellschaft wird sich den demografischen Prognosen zur Folge schon bis 2030 in fast jeder Kommune in Deutschland deutlich erhöhen. Überdurchschnittlich stark betroffen dabei ist Ostdeutschland. Deutschland ist jedoch bisher weit davon entfernt, für die älter werdende Gesellschaft fit zu sein.

10

15

Gleichzeitig wird es – auch für Ältere – immer schwerer, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Nicht nur die Mieten steigen in manchen Regionen stark, auch die Stromkosten werden vor dem Hintergrund der Energiewende ein größeres Thema, zumal Rentnerinnen und Rentner ihr Einkommen nicht steigern können und größere Rentenerhöhungen, die Kostensteigerungen ausgleichen könnten, nicht in Sicht sind. Das Wohnen im Alter wird vor dem Hintergrund der älter werdenden Gesellschaft immer problematischer werden. So fehlt es auch an barrierefreien Wohnungen. Wer keine barrierefreie Wohnung hat, aber auf Barrierefreiheit angewiesen ist, muss im schlimmsten Fall die Wohnung und damit vielfach den gewohnten Lebensraum mitsamt des dortigen sozialen Netzes verlassen. Ein generationengerechtes Wohnumfeld gewinnt vor dem Hintergrund der steigenden Zahl der Ein-Personen-Haushalte immer größere Bedeutung.

20

25

Gerade bei Pflegebedürftigkeit ist ein auf die persönlichen Bedürfnisse zugeschnittener Wohnraum unerlässlich und kann den Umzug in ein Pflegeheim hinauschieben bzw. verhindern, was dem überwiegenden Wunsch der Betroffenen entspricht. Insgesamt gehört zum Wohnen und Leben im Alter aber auch die Debatte über neue Wohnformen für Pflegebedürftige sowie deren Förderung.

30

35

In vielen Orten im ländlichen Raum gibt es kein ausreichendes und barrierefreies Angebot des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Wenn Ältere auf diesen angewiesen sind, stellt sich die Frage der Versorgung, zumal es gerade in sehr kleinen Ortschaften nicht immer ein ausreichendes Versorgungsangebot – vom Supermarkt bis hin zur ärztlichen Versorgung – gibt. Nur durch ein gutes ÖPNV-Angebot sowie Verbesserungen in der Versorgung Älterer im ländlichen Raum – auch durch die Stärkung ehrenamtlicher Initiativen – kann das Wohnen im angestammten Wohnraum auch im ländlichen Raum ermöglicht werden. Da weiterhin viele Bahnhöfe nicht barrierefrei sind, ist die Mobilität von älteren Menschen mit Behinderung bundesweit nicht ausreichend gegeben. Fehlende

40

45 Mobilität bedeutet mangelnde gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten.

Angesichts der drohenden weiteren Absenkung des Rentenniveaus bzw. der Rentenansprüche wird Altersarmut in der Zukunft eine größere Rolle spielen. Die finanzielle Absicherung im Alter ist eine Voraussetzung dafür, im Alter angemessen und ohne Not wohnen und leben und damit am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Wenn wir vom Wohnen und Leben im Alter sprechen, geht es immer auch darum eine gute Lebensqualität durch ein ausreichendes Einkommen zu gewährleisten.

55

2. Die Schadensbilanz der schwarz-gelben Bundesregierung

Es waren für Ältere in Deutschland vier verlorene Jahre unter der von Angela Merkel geführten schwarz-gelben Bundesregierung. Es mangelte nicht nur an Impulsen für die Zukunft und Strategien für die älter werdende Gesellschaft sondern es gab sogar Rückschritte zu Lasten der Älteren und damit für Deutschlands Zukunft. Bestehende und von der SPD in Regierungsverantwortung ins Leben gerufene Initiativen und Programme wurden teils massiv gekürzt. Stattdessen lieferte die schwarz-gelbe Regierung eine inhaltsleere „Demografiestrategie“, in der wahllos bestehende Projekte hineingeschrieben und zur Strategie verklärt sowie völlig unkonkrete Absichtserklärungen formuliert wurden. Die Strategie: warme Worte, keine Taten.

65

Zur Schadensbilanz der schwarz-gelben Bundesregierung gehören:

70

- die Streichung der Bundesmittel für das Förderprogramm „Altersgerecht umbauen“,
- die Kürzungen in der Städtebauförderung des Bundes und die massive Kürzung für das Programm „Soziale Stadt“,

75

- die Ablehnung des SPD-Vorstoßes für eine Mietpreisbremse für Wiedervermietungen im Deutschen Bundestag und stattdessen Beschluss eines Mietrechtsänderungsgesetzes, dass die Position von Mieterinnen und Mietern schwächt,

80

- die Streichung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfänger, wovon vor allem Rentnerinnen und Rentner betroffen sind,

85

- die Einführung der Rente mit 67, obwohl die einst als Voraussetzung ausgemachte Überprüfung aufgezeigt hatte, dass Ältere bisher nicht ausreichend Beschäftigung finden,

90

- die groß angekündigte Pflegereform, die am Ende bezüglich der Leistungen kleiner nicht hätte sein können und mit dem „Pflege-Bahr“ sogar einen Schritt zur Privatisierung des lebensrisikolosen Pflege bedeutet hat,

- den wiederholten Griff in die Rentenkasse, um den Bundeshaushalt in einem besseren Licht dastehen zu lassen,

- das Scheitern von Maßnahmen gegen Altersarmut,
- die Kürzung für die Mehrgenerationenhäuser.

3. Wir setzen uns ein für bezahlbaren Wohnraum

Steigende Mieten sind nicht nur, aber insbesondere in Städten ein zunehmendes Problem. Dies gilt vor allem für Neuvermietungen, die gesetzlich nicht ausreichend geregelt sind. In attraktiven Lagen wird die Miete bei einer Neuvermietung bisweilen um 20 bis 30 Prozent erhöht. Die Neuvertragsmieten von heute sind die Bestandsmieten von morgen. Doch auch langjährige Mieterinnen und Mieter – Bestandsmieter – kämpfen mit teils drastisch Mieterhöhungen zum Beispiel nach Sanierungen. Mietsteigerungen in Höhe von 70 Prozent nach einer Sanierung sind kein Einzelfall.

Die Entwicklung der Mieten ist bundesweit nicht einheitlich. Vor allem wachsende Regionen verzeichnen wachsende Mietpreise. Laut dem Deutschen Städtebund sind die Mieten in zahlreichen Städten zuletzt deutlich gestiegen. Spitzenreiter sind Berlin, Hamburg, München und Frankfurt am Main. In Berlin stiegen die Mieten in den letzten fünf Jahren um fast 28 Prozent an, in Hamburg um rund 23 Prozent, in München um 15,9 Prozent. Betroffen sind aber auch kleinere Städte – insbesondere solche mit Hochschulen, wie zum Beispiel Freiburg oder Greifswald, wo die Mieten allein im Jahr 2011 um jeweils fast 10 Prozent anstiegen. Zum Vergleich: Die Renten sind 2011 nur um 0,99 Prozent, 2012 um rund 2 Prozent und im Jahr 2013 in den alten Bundesländern nur um 0,25 Prozent gestiegen.

Die Wohnkostenbelastung liegt bei Einkommen von etwa 1.300 Euro laut dem Deutschen Mieterbund bereits bei 45 Prozent. Es muss also ein immer größerer Teil des Einkommens für die Wohnkosten ausgegeben werden. Gerade für kleine Einkommen sind starke Mieterhöhungen kaum finanzierbar. Rentnerinnen und Rentner können ihr Einkommen nicht steigern und es ist nicht zu erwarten, dass künftige Rentenerhöhungen mit den aktuellen Mietpreissteigerungen mithalten können. Es droht daher eine Verdrängung von Rentnerinnen und Rentnern mit geringem Einkommen aus guten Wohnlagen – oft bleibt nur der Stadtrand mit einer deutlich schlechteren Versorgungssituation. Dabei sind gerade Ältere auf eine gute und wohnortnahe Versorgung vom Supermarkt bis zum Arzt angewiesen.

Man muss davon ausgehen, dass es bei den Mieten in den nächsten Jahren keine Entwarnung geben wird. Zwar schrumpft Deutschland voraussichtlich als Folge des demografischen Wandels. Der Trend zu Ein-Personen-Haushalten ist aber ungebrochen, so dass der Bedarf an Wohnraum weiter steigt. Der Deutsche Mieterbund warnt vor einer heranwachsenden Wohnungsnot vor allem in Großstädten, Ballungszentren und Universitätsstädten. Dort würden schon heute 250.000 Mietwohnungen fehlen.

Ein weiteres Problem ist, dass der Bestand an Sozialwohnungen – also Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen, deren Bau staatlich gefördert wurde und für den eine Mietpreisbegrenzung gilt – ist in den letzten zehn Jahren um ein Drittel

145 zurückgegangen, obwohl die Anzahl der Anspruchsberechtigten gleichzeitig gestiegen ist. Der Mieterbund geht sogar von bundesweit 4 Millionen fehlenden Sozialwohnungen aus.

150 •Die AG SPD 60 plus begrüßt daher den Vorstoß der SPD-Bundestagsfraktion für eine „Mietpreisbremse“, wonach bei Bestandsmieten bundesweit nur noch eine Mietsteigerung um maximal 15 Prozent in vier Jahren erlaubt sein soll und Mieterhöhungen bei Wiedervermietungen nicht mehr als 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen dürfen.

155 •Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Landtagsfraktionen auf, dafür zu sorgen, dass Rentenentwicklung und Wohnkostenentwicklung in einem gesunden Verhältnis zueinander stehen. Wir fordern daher nicht nur die Umsetzung der im Bundestag eingebrachten Forderungen, sondern auch eine regelmäßige Überprüfung der Mietpreisentwicklung im Vergleich zur Rentenentwicklung. So kann sichergestellt werden, dass im Falle einer nicht ausreichenden Bremsung der Mieten oder einer zu geringen Rentenentwicklung nachgebessert werden kann und die besondere Problematik der Rentnerinnen und Rentner in der Mietpreisentwicklung berücksichtigt wird.

160
165 •Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, dafür zu sorgen, dass der Bund den Ländern jährlich weiterhin mindestens 500 Millionen Euro für die soziale Wohnraumförderung übergibt und die Zweckbindung dieser Mittel über das Jahresende 2013 verlängert wird.

170 •Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Landtagsfraktionen vor dem Hintergrund des offensichtlichen Mangels an Sozialwohnungen dazu auf, ihre Anstrengungen beizubehalten und zu verstärken, ein ausreichendes Angebot an Sozialwohnungen zu schaffen und anzubieten.

175 4. Für bezahlbare Nebenkosten und eine bürgerfreundliche Energiewende

Die AG SPD 60 plus begrüßt die Energiewende. Sie kann jedoch nicht alleine von kleinen Einkommen über Verbrauchssteuern finanziert werden. Die Ausgaben für Energie sind laut der Bundesregierung von 2003 bis 2010 um 32 Prozent je Haushalt gestiegen. Energiekosten drohen zur „zweiten Miete“ zu werden. In Kombination mit teils drastisch steigenden Mietpreisen führt diese Entwicklung dazu, dass gerade für kleine Einkommen immer weniger Geld zum Leben bleibt. Die Politik muss schnell gegensteuern, wenn Wohnen nicht zum Luxusgut werden soll, von dem Rentnerinnen und Rentner mit kleinen Renten ausgeschlossen werden.

180
185 Ein besonderes Problem sind die Mieterhöhungen nach Sanierungen. Hierbei geht es auch um die energetische Gebäudesanierung, die im Rahmen der Energiewende vorangetrieben wird. Die Energieeinsparung durch eine energetische Gebäudesanierung ist leider in der Regel nicht so hoch wie die dadurch entstehende Mietpreissteigerung. Die Mieterinnen und Mieter haben zudem keine Mitsprachemöglichkeit oder Kontrolle über die Maßnahmen und deren Wirksamkeit. Eine Sanierung darf aus Sicht der AG SPD 60 plus nicht dazu führen, dass Rentnerinnen und Rentner mit kleinem Einkommen ihre – energetisch sanierte –

195 Wohnung verlassen müssen, weil sie sich diese nicht mehr leisten können.

Für Rentnerinnen und Rentner mit kleinem Einkommen hat die schwarz-gelbe Bundesregierung das Problem der Energiekosten mit der Streichung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfängerinnen und Wohngeldempfänger massiv verschärft. Mehr als die Hälfte der Wohngeldempfängerinnen und Wohngeldempfänger sind Rentnerinnen und Rentner mit kleinen Renten.

Die Energiepreise haben nicht nur etwas mit der Energiewende zu tun, sondern auch damit, dass sich lediglich drei Großunternehmen weitgehend den Markt aufteilen, es also keinen ausreichenden Wettbewerb gibt.

•Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, ein Finanzierungskonzept für die Energiewende vorzulegen und umzusetzen, das hohe Einkommen stärker einbezieht und damit kleine und mittlere Einkommen entlastet und für diese die Energiewende bezahlbar macht.

•Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, mit einem Maßnahmenpaket gegen steigende Strompreise vorzugehen, um eine unzumutbare Belastung für die Verbraucherinnen und Verbraucher zu vermeiden. Wir fordern auch sozial verträgliche Strompreise für die Grundversorgung eines sparsamen Haushalts. Dazu gehören eine geringere Stromsteuer, die Rücknahme der von der schwarz-gelben Bundesregierung erweiterten Ausnahmeregelung für die Wirtschaft bei der Umlage für das Erneuerbare-Energien-Gesetz, einen Ausbau der Energieberatung sowie ein Förderprogramm mit Zuschüssen für Privathaushalte zugunsten energieeffizienter Geräte und Anlagen sowie das Verursacherprinzip bei der Stilllegung von Atomkraftwerken und den Kosten für Atommüll. Nicht zuletzt muss das Kartellamt mehr Möglichkeiten für eine wirksame Kontrolle des Wettbewerbs auf dem Energiemarkt erhalten.

•Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, bei der energetischen Gebäudesanierung für Verbesserungen zugunsten der Mieterinnen und Mieter zu sorgen. Dazu gehört, es zu untersagen, dass nicht rückzahlbare Förderungen und steuerliche Abschreibungen von energetischen Gebäudesanierungen auf die Miete umgelegt werden. Es kann nicht sein, dass Mieterinnen und Mieter für Kosten zahlen, die dem Vermieter gar nicht entstanden sind. Die Umlagefähigkeit für die Kosten von Sanierungsmaßnahmen ist zu senken. Wir fordern zudem, dass Mieterinnen und Mieter über die Sanierungsmaßnahmen ausreichend informiert werden müssen und über unabhängige Sachverständige eine Nachweismöglichkeit erhalten, damit eine Mietsteigerung und Energieeinsparungen nachweislich im Verhältnis zur Investition stehen.

•Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich weiterhin dafür einzusetzen, dass die Streichung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfängerinnen und Wohngeldempfänger rückgängig gemacht wird.

240 5. Für altersgerechten Wohnraum

Wenn man plötzlich auf Gehhilfen oder einen Rollstuhl angewiesen ist, ergeben sich in der eigenen Wohnung sowohl für Ältere als auch für Menschen mit Behinderung

245 erhebliche Probleme. Dazu gehören zum Beispiel zu schmale Türen oder schlecht erreichbare Fenstergriffe. Für den Einzelnen kann sich die Notwendigkeit ergeben, Terrassen und Balkone schwellenlos erreichbar zu machen oder bodengleiche Duschen einzubauen. Auch der Einbau eines Treppenlifts kann notwendig werden.

250 Bisher leben erst rund 500.000 Seniorenhaushalte in barrierefreiem Wohnraum. Eine Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung kam zu dem Ergebnis, dass alleine der kurzfristige Bedarf bis zum Jahr 2020 bei 3 Millionen barrierefreien Wohnungen liegt. Es fehlen also kurzfristig 2,5 Millionen barrierefreie Wohnungen für Ältere.

255

Die eigene Wohnung muss barrierefrei werden, wenn die Bewohnerin oder Bewohner in ihr bleiben will. Aufgabe des Staates und sozial wie ökonomisch sinnvoll ist es aus Sicht der AG SPD 60 plus, Bewohnerinnen und Bewohner bei dem barrierefreien Umbau von Wohnraum zu unterstützen. Wir hatten es daher begrüßt, als die SPD in der Großen Koalition das Förderprogramm „Altersgerecht umbauen“ ins Leben gerufen hatte und auch die für Ältere notwendige Zuschussvariante für Fördermaßnahmen beschlossen wurde. Leider hat die schwarz-gelbe Bundesregierung die Bundesmittel für das Förderprogramm gestrichen.

260
265 •Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich für die dringende Rückkehr zur Bundesförderung für den altersgerechten Umbau einzusetzen. In einem ersten Schritt muss eine Rückkehr zum alten Fördervolumen von rund 100 Millionen Euro im Jahr stehen. Insgesamt muss der Bedarf an barrierefreiem Wohnraum mithilfe einer bedarfsgerechten Förderung gedeckt werden. Die Förderung soll stets an den Fortschritt und dem noch bestehenden Bedarf ausgerichtet sein.

270

6. Für altersgerechten Wohnraum für Pflegebedürftige

275 Altersgerechter Wohnraum ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Pflege notwendig. Zwei Drittel der Pflegebedürftigen über 65 Jahre werden zuhause versorgt und fast alle Älteren wollen möglichst lange selbständig in ihrem Wohnraum und damit auch in ihrem gewohnten sozialen Umfeld bleiben. Die Politik darf diesen Wunsch nicht ignorieren, sondern muss es Pflegebedürftigen ermöglichen, so lange es geht in den eigenen vier Wänden bleiben zu können. Möglich ist der Verbleib aber nur in einem Wohnraum, der die individuellen Bedürfnisse von Pflegebedürftigen berücksichtigt.

280

285 Neben der staatlichen Förderung des altersgerechten Umbaus braucht es daher auch gezielte Verbesserungen für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen. Das ist eine besonders dringliche Aufgabe, da die Zahl der Pflegebedürftigen von heute 2,3 Millionen auf 3,4 Millionen im Jahr 2030 steigen wird. Sowohl Pflegebedürftige als auch Angehörige müssen zudem besser darüber informiert werden, welche Möglichkeiten es zur Verbesserung des Wohnumfeldes gibt und welche Wohnmöglichkeiten mit welcher Förderung zur Verfügung stehen.

290

•Die AG SPD 60 plus begrüßt den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion „Für eine umfassende Pflegereform – Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe stärken“ und fordert die rasche Umsetzung der darin enthaltenen Forderungen wie die

295 Umsetzung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes mit besseren Leistungen für
Demenzranke, einem flexiblen Zeitbudget für pflegende Angehörige zugunsten der
Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, den Ausbau der Kurzzeit- und
Verhinderungspflege und einer Aufwertung des Pflegeberufs. Zur Finanzierung ist
300 eine Anhebung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung nicht vermeidbar. Eine
Privatisierung der Pflege wie durch die schwarz-gelbe Bundesregierung eingeleitet
(„Pflege-Bahr“) lehnen wir strikt ab und sprechen uns für die Bürgerversicherung
Pflege aus.

•Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich für einen
305 deutlichen Ausbau der Pflegeberatung durch ein flächendeckendes Netz von
wohnnahen Pflegestützpunkten einzusetzen und dabei für eine Integration der
Wohnberatung in die Pflegeberatung zu sorgen. Dabei müssen auch Alternativen
zum Pflegeheim, wie ambulant betreute Wohngemeinschaften stärker unterstützt
werden.

310 7. Für ein altersgerechtes Wohnumfeld

Barrierefreier Wohnraum alleine löst die Probleme nicht, wenn die Barrierefreiheit
vor der Haustür endet. Wer auf einen Rollstuhl angewiesen ist, steht vor einer
315 Vielzahl von „Stolpersteinen“, die in den Weg gelegt werden. Von den
Bordsteinkanten beim Überqueren von Straßen bis hin zu fehlenden Aufzügen zur U-
Bahnhofstation in Großstädten.

Problematisch ist zudem ein „Abrutschen“ von ganzen Wohngebieten durch
320 Leerstand in unattraktiven Lagen, das mit einer Einschränkung des
Versorgungsangebotes für die Verbleibenden einhergeht. Baumaßnahmen um ein
„Abrutschen und Aussterben“ einer strukturschwachen Gegend zu vermeiden –
müssen aus unserer Sicht deutlich gestärkt werden. Gerade der Rückbau liefert auch
die Chance, eine Region wieder – altersgerecht – aufzuwerten.

325 Der Bedarf für die Städtebauförderung des Bundes liegt laut einer Studie des
Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung bei 700 Millionen Euro
im Jahr. Von der Bundesregierung wurde die Städtebauförderung dennoch auf
zuletzt 455 Millionen Euro im Jahr gekürzt. 2009 hatte die Städtebauförderung des
330 Bundes noch ein Volumen von 570 Millionen Euro. Das Bund-Länder-Programm
„Soziale Stadt“ erhält mittlerweile nur noch eine Förderung in Höhe von 40 Millionen
Euro – 2009 waren es noch 105 Millionen Euro.

Nicht jede Kommune hat ausreichend eigene Mittel zur Verfügung, um in ihrem
335 Kompetenzbereich Barrierefreiheit zu schaffen. Das kann zu ungleichen
Lebensbedingungen für Ältere führen und am Ende zu barrierefreien reichen
Regionen und nicht barrierefreien strukturschwachen Regionen. Dabei ist die
flächendeckende Barrierefreiheit nicht zuletzt vor dem Hintergrund der
notwendigen Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wichtig. Letztere
340 fordert unter anderem bessere Teilhabemöglichkeiten durch Barrierefreiheit.

Zur Verbesserung des Wohnumfeldes gehören auch das bürgerschaftliche
Engagement, der nachbarliche Austausch und gegenseitige Hilfe. Diese müssen wir
stärken – auch im Zusammenspiel mit der Städtebauförderung des Bundes. Hier

345 bietet zum Beispiel das Programm Soziale Stadt die Möglichkeiten für eine
Verknüpfung der Integrationsmaßnahmen der Sozialen Stadt für Menschen mit
Migrationshintergrund mit dem generationenübergreifenden Ansatz und der
verstärkten Einbeziehung Älterer in der jeweiligen Nachbarschaft. Möglich wären
350 dabei auch interkulturelle Nachbarschaftsprojekte mit Patenschaften Älterer für
Familien und Kinder mit Migrationshintergrund oder gegenseitige Hilfsprojekte.

Wir brauchen zudem neue Impulse und müssen bundesweit
„Generationenbündnisse“ ins Leben rufen, um ein besseres Miteinander von Jung
und Alt vor Ort zu ermöglichen. In den Bündnissen sollen Vertreterinnen und
355 Vertreter aus Kommunalpolitik, Gewerkschaften, Wirtschaft, Vereinen und
Verbänden, Kirchen und nicht zuletzt die Bürgerinnen und Bürger eines Ortes
zusammenkommen und gemeinsam Verbesserungen vor Ort entwickeln. Dabei geht
es auch um eine Verbesserung der Versorgung zum Beispiel durch Bringdienste,
Fahrgemeinschaften sowie Maßnahmen für Barrierefreiheit in der Gemeinde oder
360 der Region. Jung und Alt sollen gemeinsam vor Ort Projekte entwickeln und
umsetzen, die in ihrer Region besonders dringlich sind und dabei auch den
Zusammenhalt der Generationen stärken.

Zur sozialen Infrastruktur für eine älter werdende Gesellschaft gehören auch die
365 Mehrgenerationenhäuser. Die Mehrgenerationenhäuser sind zur wichtigen
Anlaufstelle für ehrenamtliches Engagement geworden und können auch Standort
und Treffpunkt für die Generationenbündnisse werden. Leider hat die schwarz-gelbe
Bundesregierung nicht nur die Bundesförderung der Mehrgenerationenhäuser
gekürzt, sondern auch ihre Zahl. Das ist aus unserer Sicht genau der falsche Weg und
370 ein weiterer Beleg für die Orientierungslosigkeit der schwarz-gelben
Bundesregierung.

•Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich für eine
Erhöhung der Mittel für die Städtebauförderung des Bundes auf 700 Millionen Euro
375 im Jahr einzusetzen.

•Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich weiter für
eine Aufstockung der Mittel für das Programm Soziale Stadt auf 150 Millionen Euro
im Jahr einzusetzen und das Programm inhaltlich mit einem zusätzlichen
380 Förderschwerpunkt „demografischer Wandel“ auszubauen. Neben baulichen
Maßnahmen müssen im Rahmen der Sozialen Stadt auch wieder soziale
Investitionen erlaubt werden – letzteres hatte die schwarz-gelbe Bundesregierung
verboten.

385 •Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich für eine
Erhöhung der – ebenfalls deutlich von der schwarz-gelben Bundesregierung
gekürzten Programme – „Stadtumbau Ost“ sowie „Stadtumbau West“ einzusetzen
und auch hier einen Schwerpunkt demografischer Wandel zu setzen.

390 •Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich für eine
stärkere Unterstützung der Kommunen bei Investitionen in Barrierefreiheit
einzusetzen und sich für ein neues Bund-Länder-Programm „Barrierefreie
Kommune“ mit Zuschüssen für barrierefreie Umbaumaßnahmen für kommunale
Liegschaften (wie zum Beispiel Rathäuser, Schwimmbäder, Bibliotheken,

395 Öffentlicher Personennahverkehr, Bordsteine) einzusetzen.

•Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich für die Einrichtung einer bundesweiten Koordinierungsstelle „Servicestelle Generationenbündnisse“ einzusetzen, die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziert werden soll. Die Servicestelle soll Ansprechpartner für Interessierte sein und einen Leitfaden zur Gründung von Generationenbündnissen vor Ort anbieten.

•Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich für die weitere Finanzierung der Mehrgenerationenhäuser als Anlaufstelle für ehrenamtliches Engagement einzusetzen und ihre Zukunft zu sichern.

8. Für Mobilität auch im ländlichen Raum

Insbesondere im ländlichen Raum sowie in strukturschwachen Regionen, erleben es viele Ältere, dass die Jüngeren in Ballungsgebiete ziehen und mit dem Schrumpfen und dem Älterwerden einer Gemeinde oder einer Region auch die Versorgungsqualität zurückgeht. Es fehlt an einer gut erreichbaren medizinischen Versorgung aber auch an einer Infrastruktur von der Bank bis zum Supermarkt.

Geringere Einwohnerzahlen aber auch Finanzschwäche von Kommunen haben zudem in vielen Fällen eine Reduzierung des Angebots im Öffentlichen Personennahverkehr zur Folge. Wer kein Auto hat oder nicht mehr selbst fahren kann, kommt in massive Versorgungsprobleme. Die AG SPD 60 plus, will den ländlichen Raum als Lebensraum für Ältere erhalten. Um das zu erreichen, müssen wir die Infrastruktur verbessern und in zahlreichen Bereichen gegensteuern.

Nicht allein die Einwohnerzahl darf über das Angebot entscheiden. Es ist in unseren Augen eine staatliche Aufgabe, dafür zu sorgen, dass ländliche und strukturschwache Regionen ein bedarfsgerechtes ÖPNV-Angebot erhalten – und zwar auch dann, wenn es nicht profitabel ist. Es geht um die Daseinsvorsorge und die Sicherung der Mobilität der Älteren und nicht zuletzt um die Zukunft des ländlichen Raums.

Barrierefreie Bahnhöfe sind ein wichtiger Beitrag für Mobilität im Alter. Die bisherige Vorgabe für den barrierefreien Umbau von Bahnhöfen hinsichtlich der Nutzerzahl sorgt jedoch dafür, dass kleinere Bahnhöfe nicht entsprechend saniert werden. Das trifft insbesondere den ländlichen Raum. Auch kleine Bahnhöfe brauchen aus unserer Sicht Barrierefreiheit, was im Übrigen auch eine Vorgabe der von Deutschland unterzeichneten UN-Behindertenrechtskonvention ist.

Auch die von uns geforderten Generationenbündnisse können ein Beitrag für mehr Mobilität im ländlichen Raum für Ältere sein, zum Beispiel durch die ehrenamtliche Fahrgemeinschaften, Lieferservice und als Impulsgeber für Verbesserungen im heimischen ÖPNV.

•Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Landtagsfraktionen dazu auf, in den Bundesländern bei dem Zuschuss für den Öffentlichen Personennahverkehr den

445 Faktor Demografie zu berücksichtigen und sich dafür einzusetzen, dass der ländliche Raum nicht abgehängt wird und Barrierefreiheit im ÖPNV zu unterstützen.

•Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich für eine stärkere Förderung des barrierefreien Umbaus von Bahnhöfen einzusetzen und dabei auch kleinere Bahnhöfe zu unterstützen. Auf eine Ausstattung mit entsprechenden sanitären Einrichtungen ist zu achten.

9. Für einen guten Lebensstandard im Alter

455 Ein gutes Leben und Wohnen im Alter ist nur möglich, wenn Rentnerinnen und Rentner über ein ausreichendes Einkommen verfügen. Aus Sicht der AG SPD 60 plus hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass die Kombination aus gesetzlicher Rente und zusätzlicher privater Absicherung kein Beitrag gegen Altersarmut ist, weil sich Menschen mit geringem Einkommen keine zusätzliche private Absicherung – trotz staatlicher Zuschüsse – leisten können. Wir fordern daher die Stärkung der gesetzlichen Rente und ihre Gestaltung als lebensstandardsichernde Versorgung. Nur so können steigende Kosten für Miete, Energie und den Lebensstandard verkraftet werden.

465 Die Absenkung des Rentenniveaus muss aus unserer Sicht aufgehoben werden und die gesetzliche Rentenversicherung den Lebensstandard sichern. Der die Rentenentwicklung dämpfende „Riester-Faktor“ gehört daher abgeschafft. Gleichzeitig müssen wir mit dem Aufbau einer demografischen Reserve, einer stets fairen Gegenfinanzierung der versicherungsfremden Leistungen aus Steuergeldern und einer Verbesserung der Einnahmehasis der gesetzlichen Rentenversicherung – auch durch Maßnahmen wie Mindestlohn und der Steigerung der Erwerbstätigenquote – die Basis für eine starke Rente schaffen.

475 Mit dem Aufbau einer demografischen Reserve sorgen wir für die nächsten Jahre vor und ermöglichen bezahlbare Rentenbeiträge als auch eine Sicherung des Rentenniveaus. Der Beitrag kann bis 2030 auf 22 Prozent begrenzt bleiben, wie die Berechnungen des DGB bewiesen haben. Die Senkung des Beitrages zur Rentenversicherung durch die schwarz-gelbe Bundesregierung lehnen wir dagegen als fahrlässig und kurzfristig ab.

480 Die Ursache von Armut im Alter liegt in der Regel in der Erwerbsbiografie. Mit Dumpinglöhnen kann man/frau sich keine ausreichenden Rentenansprüche erwerben. Wer wegen Arbeitslosigkeit, Krankheit, Kindererziehung oder der Pflege Angehöriger eine gebrochene Erwerbsbiografie hat, muss im Alter mit geringeren Einnahmen rechnen. Langzeitarbeitslosigkeit führt direkt in Altersarmut. Ein vernünftiges Lohnniveau, kombiniert mit einer besseren Berücksichtigung gesellschaftlicher Leistungen wie Kindererziehung und Pflege sowie der abschlagsfreie Erwerbsminderungsrente ist daher ein Beitrag zur Prävention von Altersarmut. Einkommensverbesserungen für Beschäftigte, die später auch zu besseren Renten führen. Langzeitarbeitslose dürfen nicht aufgegeben werden, sondern müssen im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik wieder besser gefördert und qualifiziert werden.

Wir lehnen den Vorschlag von CDU/CSU strikt ab, eine von uns ebenfalls geforderte

495 Verbesserung der Mütterrenten durch die Rentenversicherung zu finanzieren.
Versicherungsfremde Leistungen müssen aus Sicht der AG SPD 60 plus immer
gesamtgesellschaftlich aus Steuergeldern finanziert werden. Eine Finanzierung aus
500 der Rentenversicherung wäre eine Plünderung, mit der die Rentenversicherung zu
Lasten aller Versicherten – auch der Mütter – geschwächt würde. Aus diese Grund
muss zudem die Praxis der schwarz-gelben Bundesregierung, in die Rentenkasse zu
greifen um mit dem Geld den Bundeshaushalt besser aussehen zu lassen, umgehend
beendet werden. Die Zuschüsse des Bundes dienen der Gegenfinanzierung
versicherungsfremder Leistungen und dürfen nicht nach Belieben gekürzt und
gestrichen werden. Eine solche verantwortungslose Praxis schadet allen
505 Rentnerinnen und Rentner im Land.

Um die Finanzierungsbasis der gesetzlichen Rentenversicherung zu verbessern,
schlagen wir vor, die gesetzliche Rentenversicherung in eine
Erwerbstätigenversicherung, in die alle Erwerbstätigen einbezogen werden,
510 weiterzuentwickeln. Es ist auch eine Frage der Gerechtigkeit, dass wir nicht
verschiedene Rentensysteme nebeneinander haben.

•Die AG SPD 60 plus begrüßt das SPD-Rentenkonzept, in das wir uns eingebracht
haben. Wir brauchen unverzüglich eine steuerfinanzierte Solidar-Rente in Höhe von
515 850 Euro für langjährig Versicherte, einen abschlagsfreien Rentenzugang mit 63
Jahren nach 45 Versicherungsjahren, die Befreiung der Erwerbsminderungsrente von
Abschlägen, die Aussetzung der Rente mit 67 so lange es keine ausreichenden
Beschäftigungschancen für Ältere gibt, den Ausbau der Teilrente ab 60 zugunsten
von mehr Flexibilität beim Renteneintritt und nicht zuletzt die Rentenangleichung
Ost West.

520 •Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich dafür
einzusetzen, dass das Rentenniveau nicht nur bis 2020 gesichert wird, sondern auch
darüber hinaus und sich für eine lebensstandardsichernde Rente stark zu machen. In
diesem Zusammenhang fordern wir die SPD-Bundestagsfraktion zudem dazu auf,
525 sich für eine Abschaffung des rentensenkenden „Riester-Faktors“ und des
"Nachhaltigkeits-Faktors" einzusetzen.

•Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich weiterhin für
den Aufbau einer demografischen Reserve durch die Erhöhung des Beitrages zur
Rentenversicherung analog zu Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes
530 (DGB) auf 22 Prozent einzusetzen, um damit Vorsorge für die Zukunft zu schaffen.

•Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich für eine
dreijährige Anerkennung von Erziehungszeiten für Mütter mit Kindern, die vor 1992
geboren wurden und von Pflegezeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung
einzusetzen und sich dabei jeweils einen Finanzierung aus Steuern stark zu machen.
535

•Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich mit einem
Bündel von Maßnahmen präventiv gegen Armut im Alter einzusetzen. Dazu gehören
der gesetzliche Mindestlohn, gleicher Lohn für gleiche Arbeit bei der Leiharbeit, ein
Entgeltgleichheitsgesetz, Maßnahmen zur Förderung der Erwerbstätigenquote
sowie eine finanzielle Stärkung der aktiven Arbeitsmarktpolitik.
540

545

•Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich für eine stets ausreichende Finanzierung von versicherungsfremden Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung aus Steuermitteln einzusetzen und sich gegen eine Abzweigung von Mitteln der gesetzlichen Rentenversicherung in den Bundeshaushalt stark zu machen.

•Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich für eine Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung in eine Erwerbstätigenversicherung einzusetzen.

Weiterleitung an:

SPD-Bundesparteitag

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Landtagsfraktionen

Bundes-SGK

Alterssicherung

Antragsbereich A/Antrag 1

Saarland, AG 60plus

Altersarmut bekämpfen

(Angenommen)

5 Die Bundeskonferenz der AG 60 plus fordert den SPD-Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für die nachstehend aufgeführten Forderungen, die geeignet sind, den Sozialstaat im Interesse der Bevölkerung wieder zu stärken, einzusetzen:

10 1. Die Rente muss der Lebensstandsicherung dienen

•Versicherte, die dem Alterssicherungssystem angehört und Beiträge bezahlt haben, müssen im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit eine Rente erhalten, die es ermöglicht, den im Berufsleben erarbeiteten Lebensstandard armutsfest aufrecht zu erhalten.

15 •Die gesetzliche Rentenversicherung ist die wichtigste Absicherung im Alter. Auf diese müssen sich alle Anstrengungen konzentrieren.

20 •Die betriebliche Altersvorsorge mit Arbeitgeberbeteiligung muss verpflichtend eingeführt werden.

•Private Vorsorge, die sich nur wenige leisten können, muss privat bleiben.

25 •Die gesetzliche Rentenversicherung muss auf alle Erwerbstätigen ausgedehnt werden.

•In die gesetzliche Rentenversicherung muss eine Mindestsicherung eingebaut werden.

30 •Die gesellschaftlichen Aufgaben der Kindererziehung und Pflege von Angehörigen sind in einem Modell der Gesamtleistungsbewertung anzuerkennen, alle Zeiträume der Kindererziehung sind dabei gleich zu bewerten. Die Finanzierung dieser gesellschaftlichen Aufgaben hat aus Steuermitteln zu erfolgen.

35 2. Gute Arbeit stärkt die Rentenkassen. Prekäre Beschäftigung muss zurückgedrängt werden

•Sozialversicherungspflichtige Arbeit muss der Regelfall sein. Alle Formen prekärer Beschäftigung müssen kritisch hinterfragt werden.

40 •Mindestlohn durch die Arbeitgeber statt Aufstockung durch die Sozialkassen.

•Wir brauchen einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt mit verlässlichen

45 Rahmenbedingungen insbesondere für Langzeitarbeitslose. Sofortige Aufstockung der Mittel, so dass die Instrumente für die Eingliederung am Arbeitsmarkt wieder nutzbar sind.

•Bessere Absicherung der Risiken Berufsunfähigkeit und Arbeitslosigkeit. Insbesondere Bemessung des ALG I-Bezugs an der Dauer der erbrachten Erwerbsarbeit.

50 •Verbindliche Festschreibung des Equal-Pay-(gleicher Lohn)Grundsatzes für Männer und Frauen.

•Anpassung der Löhne der Zeitarbeitnehmer/-innen nach einer gewissen Einarbeitungsfrist an die Bezahlung der Stammebelegschaft.

55 •Wesentliche Verteuerung der Leiharbeit, wie z.B. in Frankreich und Skandinavien.

3. Die sozialen Sicherungssysteme armutsfest und zukunftssicherer machen.

60 •Bereinigung der Rentenformel um die Kürzungsfaktoren Nachhaltigkeits- und Riesterfaktor. Stattdessen fordern wir eine Diskussion über die Wertschöpfungsabgabe nach dem Umsatz eines Unternehmens im Verhältnis zu Lohnsumme und Beschäftigtenzahl.

65 •Anhebung der Grundsicherung im Alter, insbesondere unter Berücksichtigung der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen.

70 •Reform der Kranken- und Pflegeversicherung als Bürgerversicherung: Einzahlung in eine gemeinsame Kasse, private Versicherung nur als Zusatzversicherung, Rücknahme des Pflegeversicherungsbeitrages für Rentner/-innen.

•Zuzahlungen im Gesundheitssystem abschaffen.

75 4. Altersarmut ist weiblich! Rahmenbedingungen für die eigenständige Alterssicherung von Frauen verbessern.

• Strukturelle Maßnahmen der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf endlich als Zukunftsinvestition zu begreifen.

80 • Steigerung der Erwerbsquote von Frauen und Ermöglichung geschlossener Versicherungsbiografien.

• Sofortige Abschaffung des Betreuungsgeldes als Herdprämie. Bezug von Elterngeld auch für Männer stärken.

85 • Zugang von Frauen in Führungspositionen verbessern.

• Equal Pay (gleiche Bezahlung) für Frauen

90 5. Paritätische Finanzierung statt Privatisierung zu Lasten der Arbeitnehmer/-innen

- Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung
 - Einnahmen verbessern durch allgemeine Versicherungs- und Beitragspflicht der gesamten Erwerbsbevölkerung.
 - Rückführung der Fördermittel der Riesterrente in die gesetzliche Rentenversicherung, wobei bestehende Rechtsansprüche erfüllt werden müssen.
- 95
- Weiterleitung an:**
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Parteivorstand

Antragsbereich A/Antrag 3

Rheinland-Pfalz, AG 60plus

Ergänzung des Rentenkonzeptes der SPD

(Angenommen)

- 5 Das Rentenkonzept der SPD sollte bei der Solidarrente wie folgt ergänzt werden: „Die Solidarrente wird jährlich durch einen angemessenen Sockelbetrag, mindestens in Höhe der allgemeinen Rentenerhöhung und unter Berücksichtigung eines Inflationsausgleiches angehoben.“

- 10 **Weiterleitung an:**
SPD-Bundesparteitag
SPD-Parteivorstand

Antragsbereich A/Antrag 5

Bezirk Hessen-Süd, AG 60plus

MINIJOBS: Niedriglohnfalle und Rentenrisiko für Frauen

(Angenommen)

- 5 Die AG 60 plus sieht in den sog. Minijobs eine zentrale Niedriglohnfalle und ein Rentenrisiko insbesondere für Frauen. Daher fordert die AG 60 plus den SPD Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion auf sich grundsätzlich der Forderung des Deutschen Gewerkschaftsbundes anzuschließen und die Minijobs zurückzudrängen.

- 10 **Weiterleitung**
SPD-Parteivorstand
SPD-Bundestagsfraktion

Antragsbereich A/Antrag 6

Bezirk Hessen-Süd, AG 60plus

Arbeit im Alter

(Angenommen)

5 Die SPD setzt sich nachhaltig für einen flexiblen Renteneintritt ein.

Dabei ist zu beachten, dass es für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen je nach Branche und Tätigkeit unterschiedliche Ruhestandsregelungen geben muss.

10 Gleichzeitig setzt sich die SPD für die Schaffung altersgerechter Arbeitsplätze ein. Es ist notwendig, den älter werdenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Möglichkeit einer altersangepassten Tätigkeit zu bieten.

Weiterleitung an:

SPD-Bundesparteitag

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Parteivorstand

Gesundheit und Pflege

Antragsbereich G/Antrag 2

Brandenburg, AG 60plus

Vereinbarkeit von Pflege und Beruf verbessern!

(Angenommen)

5 Zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Pflege und Berufstätigkeit fordern wir:
•Die im Pflegezeitgesetz bereits geregelten Rechtsansprüche auf Arbeitsverhinderung und Freistellung von Angehörigen mit Lohnersatzleistungen auszustatten und zeitlich flexibler auszugestalten.

10 1. Den bestehenden Rechtsanspruch auf kurzzeitige Freistellung bis zu 10 Tagen nach § 2 des Pflegezeitgesetzes mit einer Lohnersatzleistung analog dem Kinderkrankengeld auszustatten.

15 2. Den Rechtsanspruch auf Freistellung bis zu sechs Monaten nach §§ 3,4 Pflegezeitgesetz zu einem zeitlich flexiblen Freistellungsanspruch zu machen, der in Abschnitte unterteilt und über einen längeren Zeitraum verteilt werden kann. Für die Inanspruchnahme dieser Freistellung sollen die Rahmenbedingungen auch durch

eine Lohnersatzleistung verbessert werden.

20 3. Auch Angehörige, die einen sterbenden Menschen in seiner letzten Lebensphase begleiten, sollen für einen begrenzten Zeitraum Anspruch auf Freistellung mit Lohnersatzleistung haben.

4. Der Begriff „nahe Angehörige“ ist der demografischen Entwicklung gemäß weiterzuentwickeln und zu berücksichtigen, dass die Zahl alleinstehender Menschen zunimmt und auch Freunde und Nachbarn Unterstützungs- und Pflegearbeit im häuslichen Bereich Betroffener übernehmen.

Weiterleitung an:

SPD-Bundesparteitag

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Parteivorstand

*Antragsbereich G/ **Antrag 3***

Bezirk Hessen-Süd, AG 60plus

Auch ältere Menschen müssen realen Anspruch auf Rehabilitationsmaßnahmen haben

(Angenommen)

5 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich für eine bessere Bewilligungspraxis einzusetzen.

Reha- und körperliche Aufbaumaßnahmen müssen im Rahmen gesundheitlicher Prävention (GKV) auch für nicht mehr im Erwerbsleben stehende Personen zugänglich sein.

Weiterleitung an:

SPD-Bundestagsfraktion

*Antragsbereich G/ **Antrag 4***

Bezirk Hessen-Süd, AG 60plus

Leistungen der Pflegeversicherung müssen verbessert werden

(Angenommen)

5 Auf der Grundlage einer paritätisch finanzierten Bürger-Pflegeversicherung müssen die Leistungen der Pflegeversicherung nicht nur gegenüber den Patienten sondern

auch gegenüber den pflegenden Angehörigen deutlich verbessert werden.

Weiterleitung an:

SPD-Bundesparteitag
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Parteivorstand

*Antragsbereich G/ **Antrag 5***

Bezirk Hessen-Süd, AG 60plus

Flächendeckende Landarztversorgung

(Angenommen)

- 5 Die Rahmenbedingungen müssen so verändert werden, dass sich wieder mehr Ärzte für eine ärztliche Tätigkeit auch auf dem Land bzw. strukturschwachen Siedlungsräumen bereit erklären.

Weiterleitung an:

SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Landtagsfraktionen

*Antragsbereich G/ **Antrag 6***

Bezirk Hessen-Süd, AG 60plus

Bezahlbare Krankenversicherung auch für Geringverdiener

(Angenommen)

- 5 Geringfügig Beschäftigte sowie gering verdienende Selbständige müssen durch die Änderung des SGB II Zugang zu einer bezahlbaren gesetzlichen Krankenversicherung bekommen.

- 10 Die GKV muss im Rahmen einer Bürgerversicherung verpflichtet werden, auch geringfügig Beschäftigte bzw. gering verdienende Selbständige zu bezahlbaren Beitragsleistungen als Versicherte aufzunehmen.

Weiterleitung an:

SPD-Parteivorstand
SPD-Bundestagsfraktion

Antragsbereich G/ Antrag 7

Bezirk Hessen-Süd, AG 60plus

Keine Ökonomisierung der Patienten im Gesundheitswesen

(Angenommen)

- 5 Patienten dürfen nicht Gegenstand eines Ökonomisierungsprozess im Gesundheitswesen werden. Die Honorare der Ärzte und der Krankenhäuser müssen künftig so gestaltet werden, dass den Medizinern kein Anreiz mehr gegeben wird, um über die Behandlung der Patienten die eigenen Einnahmen zu verbessern.

Weiterleitung an:

SPD-Parteivorstand

SPD-Bundestagsfraktion

Antragsbereich G/ Antrag 8

Bezirk Hessen-Süd, AG 60plus

Finanzielle Ausstattung und finanzielle Sicherheit der gesetzlichen Krankenversicherung

(Überwiesen als Material an den SPD-Parteivorstand)

- 5 Den gesetzlichen Krankenkassen muss im Rahmen einer Bürgerversicherung die finanzielle Souveränität auf der Grundlage der früher schon bestehenden Selbstverwaltung durch die Versicherten bezüglich der Beitragshöhe und der Gestaltung zusätzlicher Gesundheitsleistungen zurückgegeben werden.

Weiterleitung an:

SPD-Parteivorstand

Antragsbereich G/ Antrag 9

Bayern , AG 60plus

Förderung der ambulanten Hospizarbeit

(Angenommen)

- 5 Die Arbeitsgemeinschaft 60plus fordert die Bundestagsfraktion der SPD auf, Gesetzesentwürfe zu erarbeiten, die die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Hospizarbeit verbessern und die länderspezifischen Spielräume bei den Rahmenvereinbarungen mit den Krankenkassen im Interesse der ambulanten Hospizdienste verbindlich festlegen.

Weiterleitung an:

SPD-Bundestagsfraktion

Antragsbereich G/ Antrag 10

Rheinland-Pfalz , AG 60plus

Bereitschaftsdienstzentralen wieder wohnortnaher einrichten

(Angenommen)

- 5 Die SPD-Landtagsfraktionen werden aufgefordert, sich darum zu kümmern, dass Bereitschaftsdienstzentralen wieder wohnortnaher eingerichtet werden.

Die Notarztversorgung ist gesetzlich so zu regeln, dass eine Notarztversorgung, insbesondere auch im ländlichen Raum innerhalb von längstens 15 Minuten gesichert wird.

Weiterleitung an:

SPD-Landtagsfraktionen

Organisationspolitik

Antragsbereich Ini/ Antrag 3

Bundesvorstand , AG 60plus

Fachreferat Generationenpolitik einrichten

(Angenommen)

- 5 Der SPD-Parteivorstand wird aufgefordert, im WBH möglichst rasch wieder ein Fachreferat Generationenpolitik einzurichten und mit ausreichend Personal zu besetzen.

Weiterleitung:
SPD-Parteivorstand

Antragsbereich O/ Antrag 4

Bezirk Hessen-Süd , AG 60plus

20 Jahre SPD 60plus

(Angenommen)

- 5 Der Bundesvorstand der AG 60plus wird beauftragt zum Jubiläumsjahr „20 Jahre AG 60plus“ eine Plattform zur Verfügung zu stellen, die es sowohl den Gliederungen der AG 60plus als auch allen Interessierten ermöglicht, sich über den Stand der Diskussionen in den Gliederungen, und auch über die aktuellen und zurückliegenden Aktionen, jederzeit problemlos zu informieren.

- 10 Hierzu bietet sich ein gemeinsamer Internetauftritt an.

- 15 Die Pflege und Gestaltung des jeweiligen Auftritts bleibt den Gliederungen vorbehalten. Organisatorisch/Technisch wird dies durch Verbindungen (sog. Links) zu den Internetauftritten der Gliederungen realisiert. Der Bundesvorstand stellt den organisatorischen Rahmen zur Verfügung.

Weiterleitung an:
SPD-Parteivorstand

Antragsbereich O/ Antrag 5

Hamburg, AG 60plus

Grundmandate bei der Bundeskonferenz AG SPD 60 plus

(Angenommen)

- 5 Die Bundeskonferenz fordert den SPD-Parteivorstand auf, bei der Verteilung der 200 Delegierten unter den Landesverbänden die Grundmandate der Landesverbände in den neuen Bundesländern von einem auf zwei zu erhöhen.

Weiterleitung an:

- 10 SPD-Parteivorstand
Organisationkommission

Antragsbereich O/ Antrag 6

Hamburg, AG 60plus

Mit Bundeskonferenz und Aktionstag Profil zeigen

(Überwiesen als Material an 60plus Bundesvorstand)

- 5 Die Bundeskonferenz fordert den Bundesvorstand der AG SPD 60plus auf, Bundeskonferenzen und Aktionstagen ein inhaltliches Thema mit politischer Signalwirkung zu geben und damit das Profil der AG innerhalb der SPD und die Arbeit der AG für die ältere Generation erkennbar zu machen.
- 10 Das Motto "Gemeinsam sind wir stark", wird von vielen beliebigen Aktionen - von Stuttgart 21 bis zu Anliegerprotesten gegen Sozialen Wohnungsbau - benutzt. Für Bundeskonferenzen und Aktionstage sendet es kein inhaltliches Signal aus. Es erweckt den Eindruck von Beliebigkeit, unterstreicht nicht die Bedeutung der AG für die politische Arbeit der SPD und bietet
- 15 der älteren Generation keine Hilfe in besonderen Lebenslagen an.

Weiterleitung an:

AG SPD 60 plus Bundesvorstand

Antragsbereich O/ Antrag 8

Hamburg, AG 60plus

Zukünftige Wahlprogramme

(Angenommen)

- 5 Die Bundeskonferenz fordert den SPD-Parteivorstand auf, künftige Wahlprogramme in Zusammenarbeit mit der AG SPD 60 plus zu formulieren.

Weiterleitung an:
SPD-Parteivorstand

Teilhabe

Antragsbereich T/ Antrag 2

AG 60plus, Nordrhein-Westfalen

Ehrenamtliches Engagement verträgt keine Altersgrenzen

(Angenommen)

- 5 1. Wir fordern den SPD-Parteivorstand auf, Initiativen auf allen Ebenen einzuleiten um Altersgrenzen, insbesondere beim bürgerschaftlichen Engagement jenseits des regulären Berufslebens, zu überprüfen und schnellstens abzubauen.

Weiterleitung an:
SPD-Parteivorstand
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Bundesparteitag
SPD-Landtagsfraktionen
Bundes-SGK

Antragsbereich T/ Antrag 3

Bezirk Hessen-Süd, AG 60plus

Lebenslanges Lernen: Medienkompetenz

(Angenommen)

- 5 Der SPD-Parteivorstand wird beauftragt im Rahmen der von uns unterstützten Forderungen für ein lebenslanges Lernen Konzepte und Materialien zu entwickeln, die uns bei der Umsetzung von Medienkompetenz und Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in die Lage versetzen, effektiv und erfolgreich zu werden.

Weiterleitung an:
SPD-Parteivorstand

Wohnen

Antragsbereich W/ Antrag 2

Bezirk Salzgitter, AG 60plus

Wohnungswirtschaft

(Angenommen)

- 5 Die Landtagsfraktionen der SPD werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Wohnungsaufsichtsbehörden in allen Bundesländern erneut eingesetzt werden.

- 10 Seit Ende 1990er Jahre hat das Interesse internationaler Finanzinvestoren für deutsche Wohnbaubestände zugenommen. Die Mieten durch die neuen Eigentümer werden so weit wie möglich erhöht, die Instandhaltungskosten sowie die Verwaltungskosten für die Wohnungen hingegen drastisch gesenkt. Mit diesen Methoden erzielen die Finanzinvestoren Renditen bis zu 25% auf das eingesetzte Kapital. Werden die Renditen nicht in der erwarteten Höhe erzielt, werden die Wohnbestände in kürzester Zeit weiter veräußert.

- 15 Diese Geschäftspraktiken wie auch die viel zu niedrigen Instandhaltungsaufwendungen der Private-Equity- Wohnbaugesellschaften verschlechtern den Zustand der Wohnungen und Häuser, so dass sie sich am Ende nicht mehr vermieten lassen. Das führt auf der anderen Seite zu hohen Leerstandsquoten in den Wohnquartieren, zu einem Werteverlust der angrenzenden Wohnareale und fördert damit den Ghettoisierungsprozess.
- 20

Der aufgezeigten Entwicklung ist dringend entgegenzuwirken. Der vor Jahren in Niedersachsen abgeschafften Wohnungsaufsichtsbehörde sollte die Aufgabe übertragen werden, einen Katalog mit Mindestanforderungen an die

25 Wohnungswirtschaft zu erstellen. Das Vorgehen der Wohnungsaufsicht und deren Handlungsspielräume müssen so festgelegt werden, dass die Standards von Wohnungen gesichert und überprüfbar werden.

30 Die Kommunen und die Wohnungsaufsichtsbehörden müssen in die Lage versetzt werden, gegen Finanzinvestoren, die „Schrottimmobilien“ in ihrem Bestand haben, vorgehen zu können, denn: Wohnen ist ein Grundrecht.

Antragsbereich W/ Antrag 3

Bezirk Hessen-Süd, AG 60plus

Preiswerten Wohnraum schaffen

(Überwiesen an die SPD-Landtagsfraktionen und die Bundes-SGK)

5 Die SPD-Fraktionen in den kommunalen Gebietskörperschaften werden aufgefordert auf preiswerte Angebote sowohl im Mietwohnungsbau als auch auf dem Grundstücksmarkt zu achten.

Dies kann u.a. durch folgende Maßnahmen geschehen:

10

1. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften

a) Einsparungen bei Verwaltungskosten

b) Erstellungskosten für einfacher ausgestattete Wohnräume in neu zu errichtenden Reihenhäuser, um diese auch für Familien mit mittleren Einkommen erschwinglich zu machen

15

c) Energetische Einsparungen durch Optimierung und nicht Maximierung der Außenwanddämmung

2. Verstärkte Vergabe an Bauland in Erbpacht

20

3. Gründung von Wohnungsbaugenossenschaften, die ausschließlich auf Kostendeckung und nicht auf Gewinnmaximierung durch ihre Satzung gesteuert sind.

Weiterleitung an:

SPD-Landtagsfraktionen

Bundes-SGK

Sonstiges

Antragsbereich Ini/ **Antrag 2**

Schleswig Holstein, AG 60plus

Energiekosten senken

(Angenommen)

5 Strom, Gas und Öl, unsere Hautenergieversorgung ist in eine nicht nachvollziehbare Verteuerung geraten.

10 Die Bezugspreise erhöhen sich in erheblichem Maße. Diese Preissteigerungen führen zur Inflation. Die Einkommensverhältnisse der jungen Familien, Geringverdiener und Rentner sind besonders stark betroffen.

15 Durch die schnelle und nicht durchdachte Energiewende und die damit verbundenen Subventionen für die Solartechnik und Offshore-Parks erhöhen sich die Preise für die Energie erheblich. Großunternehmen stecken erhebliche Gewinne ein, ohne sie an den Verbraucher weiterzugeben. Durch die Ermächtigung der Bundesregierung ist die Verordnung erlassen worden. Die Großunternehmen stecken gewaltige Gewinne ein ohne sie an die Kleinverbraucher weiterzugeben.

20 Durch die Ermächtigung der Bundesregierung ist die Verordnung erlassen worden, die Großunternehmen zu entlasten. Die dadurch entstehenden Kosten werden unnötigerweise auf den Kleinverbraucher umgelegt.

25 Die Subvention für die alternative Energieerzeugung kommt nicht in vollem Umfang zum Zuge. Da die Speicherkapazitäten nicht vorhanden sind und die Durchleitung nicht gewährleistet ist. Auch das ist durch die Großunternehmen verhindert worden. Zusätzlich sind die Stadtwerke benachteiligt, weil sie in der Preisgestaltung an Vorgaben gebunden sind.

Antragsbereich S/ Antrag 2

Berlin , AG 60plus

Steuerhinterziehung bekämpfen

(Angenommen)

Der Bundesparteitag möge beschließen:

5

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierungen und Fraktionen in den Bundesländern werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, die personelle Situation in den Finanzämtern deutlich zu verbessern, um eine stark verbesserte Steuererhebung und Verfolgung der Steuerhinterziehung zu gewährleisten. Besonders die Betriebsprüfung und die Steuerfahndung sind erheblich personell auszubauen.

10

Personalabbau in den Bereichen ist ausgeschlossen.

15

Der Ausbau der steuerlichen Betriebsprüfung ist erforderlich, um den Turnus der Prüfungen in den Betrieben und Unternehmen zu verringern und bessere Möglichkeiten zu schaffen, steuerliche Tatbestände aufzuklären. Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt, sondern ein kriminelles Vergehen am Gemeinwesen.

20

Deshalb müssen die Länder verstärkt dagegen vorgehen und die personellen Voraussetzungen dafür schaffen

Merke: Ein zusätzlicher Betriebsprüfer sorgt in der Regel für steuerliche Mehreinnahmen von mehr als 300 T€ jährlich, also ein Mehrfaches von dem, was er kostet.

Weiterleitung an:

SPD-Bundesparteitag
SPD-Landtagsfraktionen
Landesvorstände

Antragsbereich S/ Antrag 4

Bezirk Hessen-Süd , AG 60plus

Sicherheit im ÖPNV

(Angenommen)

5

Die AG 60plus fordert den verbindlichen Einbau eines Notruf-Systems in allen Fahrzeugen des ÖPNV.

Weiterleitung an:

SPD-Bundestagsfraktion

Antragsbereich S/ Antrag 5

Meckl.-Vorpommern , AG 60plus

Lagerung von Castoren mit hochradioaktiven Atomabfällen aus den Wiederaufbereitungslagern Le Hage (Frankreich) und Sellafield (Großbritannien)

(Überwiesen als Material an die SPD-Bundestagsfraktion)

5 Die Landesmitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft SPD 60plus in MV fordert den SPD- Parteivorstand und die Bundestagsfraktion der SPD auf, sich dafür einzusetzen, dass eine Einlagerung von Castoren mit hoch radioaktiven Spalt- und Abfallprodukten aus den Wiederaufbereitung von Kernbrennstäben aus deutschen Kernkraftwerken im Zwischenlager Lubmin nicht vorgenommen wird.

10 **Weiterleitung an:**
SPD-Bundestagsfraktion

Antragsbereich S/ Antrag 6

Meckl.-Vorpommern , AG 60plus

Verbot von Fracking

(Überwiesen als Material an SPD-Bundestagsfraktion)

5 Die Bundestagsfraktion und der Bundesvorstand der SPD werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass beim gegenwärtigen Wissenstand Vorhaben zur Aufsuche und Gewinnung unkonventionellen Erdgases mittels Fracking nicht zugelassen werden. Weiterhin fordern wir die Bundestagsfraktion auf, darauf zu dringen bzw. darauf hinzuarbeiten, dass das Bergrecht dahingehend geändert wird, dass neue Technologien wie z.B. Fracking in diesem Recht ihren Niederschlag finden.

10 **Weiterleitung an:**
SPD-Bundestagsfraktion

Antragsbereich S/ Antrag 7

Bezirk Braunschweig, AG 60plus

Rüstungsexporte und militärische Auslandseinsätze

(Angenommen)

5 Die Bundestagsfraktion der SPD wird aufgefordert, die Kriterien für Rüstungsexporte und für Auslandseinsätze der Bundeswehr auf den Prüfstand zu stellen und gesetzlich neu zu definieren.

10 Wir fordern Transparenz und Stringenz bei allen Rüstungsexportentscheidungen und bei allen Entscheidungen, die Bundeswehreinsätze im Ausland betreffen. Wir fordern die Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit deutscher Friedenspolitik.

Weiterleitung an:

SPD-Bundestagsfraktion

Antragsbereich S/ Antrag 8

Nordrhein-Westfalen, AG 60plus

Gegen die Streichung der Prozesskostenbeihilfe

(Angenommen)

5 Die Bundeskonferenz spricht sich gegen die Streichung der Prozesskostenbeihilfe für Bedürftige aus.

Weiterleitung an:

SPD-Bundestagsfraktion

Antragsbereich S/ Antrag 9

Rheinland-Pfalz , AG 60plus

Erstellung und Veröffentlichung des Armuts- und Reichtumsbericht durch einen außenstehenden unabhängigen Experten

(Angenommen)

- 5 Der Armuts- und Reichtumsbericht, der alle 4 Jahre von der Bundesregierung vorgelegt wird, sollte zukünftig von einem außenstehenden unabhängigen Expertengremium erstellt und veröffentlicht werden.

Weiterleitung:

SPD-Bundesparteitag

SPD-Bundestagsfraktion

Antragsbereich S/ Antrag 12

Rheinland-Pfalz , AG 60plus

Besserer Verbraucherschutz durch verlässliche Lesbarkeit

(Angenommen)

- 5 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, dass bei allen Hinweisen auf Verwendbarkeit, Haltbarkeit, Verträglichkeit und Ähnliches an im Handel befindlichen Verpackungen die Einführung einer Mindestschriftgröße für verlässliche Lesbarkeit gesichert wird.

Weiterleitung an:

SPD-Bundestagsfraktion

Antragsbereich S/ Antrag 13

Sachsen-Anhalt , AG 60plus

Festhalten an der uneingeschränkten strafrechtlichen Verfolgung bei Steuerhinterziehern

(Angenommen)

- 5 SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Landtagsfraktionen werden aufgefordert, an der bisherigen klaren Haltung unserer Partei zur Steuerhinterziehung festzuhalten, zumal in der aktuellen Diskussion um nichtbesteuerte Geheimkonten im Ausland. Insbesondere ist der Tendenz der bürgerlichen Parteien, sogenannten „Steuersündern“ durch Schritte zur Amnestie oder Teilamnestie Sondervorteile

gegenüber anderen Kriminellen zu verschaffen, in aller Klarheit entgegenzutreten.

Weiterleitung an:

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Landtagsfraktionen

Antragsbereich S/ Antrag 14

Bayern, AG 60plus

Für eine solidarische und sozial gerechtere Gesellschaft

(Überwiesen als Material an den SPD-Parteivorstand)

5 Die wichtigsten Themen der nächsten Jahre, die über die Zukunftsfähigkeit unseres Landes entscheiden und besonders uns Sozialdemokraten herausfordern, heißen: Wie kann sozialer Fortschritt, gesellschaftlicher Zusammenhalt, soziale Gerechtigkeit und eine solidarische Gemeinschaft in einer sich fortschreitend verändernden Gesellschaft weiterhin gesichert und ausgebaut werden? Wie können kollektive
10 Güter, Lebensqualität, Recht auf existenzsichernde Arbeit, umfassende Gesundheitsversorgung, Bildung, gesunde Wohnumwelt, bezahlbarer Wohnraum usw. im notwendigen Umfang für alle auf Dauer bereitgestellt werden? Wie kann ausreichende und gesicherte Versorgung im Alter und Verhinderung von Armut, gewährleistet bleiben? Wie kann die allgemein zunehmende Privatisierung der Lebensrisiken gestoppt werden?

15

Dazu müssen wir:

20 1. Den Menschen stets in den Mittelpunkt allen politischen Handelns stellen
Wir erleben einen schrittweisen Zerfall unserer Gesellschaft. Unsichere Arbeitsverhältnisse, Perspektivlosigkeit für einen Großteil der Jugend und die soziale Ausgrenzung ganzer Gesellschaftsschichten nagen am Grundgerüst, das unsere Gesellschaft zusammenhält. Aufgrund vermeintlicher Sachzwänge opfern wir wichtige Errungenschaften des Sozialstaats, verklären die Profitmaximierung der
25 Wenigen zum vermeintlichen Ziel der Massen, und messen der Wirtschaft einen gesellschaftlichen Stellenwert zu, den sie nicht verdient. Die Bayerische Verfassung stellt in Artikel 151 klar, dass „die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten dient“. So deutlich dieser Artikel für ein menschengerechtes und humanes
30 Wirtschaften und Arbeiten steht, so weit ist unser Wirtschaftssystem von dieser wünschenswerten Realität entfernt. Ein System, in dem hart arbeitende Menschen nicht mehr von ihrer Hände Arbeit leben können, in dem Frauen immer noch nicht voll gleichberechtigt sind, in dem Menschen zum bloßen Humankapital degradiert
35 werden, und die Ausbeutung von Geringverdienern staatlich subventioniert wird, bleibt weit hinter dem Anspruch unserer Verfassung zurück und kann kein Maßstab für eine sozialdemokratische Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Gesellschaftspolitik

sein.

40 Daher müssen der Mensch und seine konkreten Bedürfnisse stets in den Mittelpunkt
allen politischen Handelns gestellt werden. Dies ist der einzige Weg, um eine
Gesellschaft zu verwirklichen, in der ein selbstbestimmtes Leben möglich ist, in der
Chancengerechtigkeit zum Leitmotiv staatlichen Handelns wird.

2. Bildung als Schlüssel gesellschaftlicher Teilhabe verwirklichen

45

50 Sozialdemokratische Bildungspolitik bedeutet für uns, den Zugang zu Bildung für alle
Menschen in vollem Umfang zu verwirklichen. Die sozialdemokratischen Bildungsre-
formen der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts haben gezeigt, dass wirtschaftlicher
und sozialer Aufstieg nur durch Bildung verwirklicht werden kann. Die individuelle
Situation und die individuelle Veranlagung jedes Kindes sind daher so früh und
umfassend wie möglich zu fördern. Durch den konsequenten Ausbau der
kostenfreien Kinderbetreuung, längeres gemeinsames Lernen, ein durchlässigeres
55 Bildungssystem und die Abschaffung der sozialen Auslese durch jede Form von
Studiengebühren müssen alle bestehenden Bildungsbarrieren abgebaut werden. Das
Betreuungsgeld ist abzulehnen.

3. Gerechtigkeit auch als Steuergerechtigkeit einfordern

60 Eine Gesellschaft kann es auf Dauer nicht verkraften, dass sich diejenigen aus der
Finanzierung der Sozialsysteme verabschieden, die finanziell am besten gestellt sind.
Daher wollen wir: Eine Vermögenssteuer, die Reichensteuer und die Anhebung des
Spitzensteuersatzes und eine Regulierung des Finanzmarktes im notwendigen Maße,
sowie die Abschaffung der Abgeltungssteuer und eine gerechte Erbschaftssteuer.
65 Eine solide und den sozialen Anforderungen ausreichende Finanzierung des
Staatshaushalts ist die Grundlage für künftige Investitionen und den Erhalt unseres
Sozialstaats.

4. Die Kollektiven Güter für alle erhalten und vor marktradikaler Privatisierung 70 schützen

75 Als Kollektive Güter werden sämtliche Güter genannt, die nicht privat in Besitz
genommen werden können, weil sie der Grundversorgung der Menschen dienen. Das
bedeutet, ihre Nutzung steht jedem offen, niemand ist ausgeschlossen. Klassische
Beispiele Kollektiver Güter sind saubere Luft oder Wasserversorgung, aber auch
Bildung oder Gerechtigkeit und auch Gesundheitsversorgung zählen dazu. Das
Prinzip der Kollektiven Güter widerspricht vehement den marktradikalen,
kapitalistischen Grundsätzen. In der heutigen Gesellschaft haben die neoliberalen
Prämissen allerdings überhandgenommen und es setzen sich immer Weniger für den
80 Erhalt der Kollektiven Güter ein. Dieser Erhalt ist zudem die Aufgabe des Staates,
doch zieht dieser sich oft aufgrund der Haushaltszwänge ebenfalls immer mehr
zurück. Deshalb muss es insbesondere das Ziel sozialdemokratischer Politik sein, sich
uneingeschränkt für den Erhalt und die Weiterentwicklung Kollektiver Güter auch
europaweit einzusetzen. Selbst dann, wenn der „Markt“ kein Interesse an einem
85 existenziellen Gut hat, muss der Staat dieses schützen und die Gesellschaft für den
Erhalt der Güter sensibilisieren. Kollektive Güter dürfen nicht zum Luxus für einige
wenige Bürger verkommen. Jedes Mitglied der Gemeinschaft muss Zugang zu allen

Kollektiven Gütern haben. Sie dürfen nicht privatisiert werden zum Zweck der Gewinnmaximierung.

90

Auch ausreichenden Wohnraum zu schaffen gehört zur Grundversorgung. Hier geht es bei den rasant steigenden Mieten, insbesondere in den großen Städten, vor allem um den Erhalt von noch bezahlbarem Wohnraum. Davon sind insbesondere viele Ältere betroffen, die dadurch oft aus ihrem bisherigen Wohnumfeld vertrieben werden. Der Staat, insbesondere die Kommunen sind aufgefordert, dafür zu sorgen, dass durch entsprechende gesetzliche Regelungen dies verhindert und wieder mehr sozialer Wohnraum geschaffen wird.

95

5. Qualität und Humanisierung der Arbeit zu Kernthemen der Politik machen

100

Die Arbeitsmarktpolitik in Deutschland befindet sich im Umbruch. Angesichts eines tatsächlichen Arbeitsplatzdefizits von immer noch fast sieben Millionen richtigen Arbeitsstellen und spätestens mit „Hartz IV“ folgt die aktuelle Arbeitsmarktpolitik der Maxime: „Jede Arbeit ist besser als keine Arbeit“. Diese Politik der „Arbeit um jeden Preis“ treibt die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an den Rand einer geregelten Arbeitswelt, die Leiharbeit, Minijobs, prekäre Arbeitsverhältnisse, die nicht ausreichen, um davon leben zu können und sogar Arbeit ohne Lohn und gesonderten Sozialversicherungsschutz für zumutbar hält.

105

110

Daher muss eine neue gesellschaftliche Initiative zur „Humanisierung der Arbeit“ gestartet werden, die zum Ziel eine menschenwürdige Arbeitswelt hat mit Arbeit, von der man ausreichend leben kann. Schlecht bezahlte Arbeit, die nicht zum Leben reicht, darf nicht länger zumutbar sein. Die derzeitige „Aufstocker-Regelung“ ist eine staatliche Subvention von Dumpinglöhnen. Sie muss weg. Ein gesetzlicher Mindestlohn für alle Branchen, der sich am allgemeinen durchschnittlichen Einkommen aller Erwerbstätigen orientiert, muss eingeführt werden. Dies betrifft auch das Ausmaß der Leiharbeit. Von der ursprünglichen Absicht, den Betrieben die Möglichkeit in die Hand zu geben, vorübergehende Beschäftigungsengpässe auszugleichen, ist nichts mehr übrig geblieben. Leiharbeit führt zunehmend zu Dumpinglöhnen und zu Arbeitsverhältnissen, von denen man seinen Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten kann. Leiharbeit muss deshalb dringend überprüft und nach Möglichkeit abgeschafft werden. In Bayern arbeiten vier von fünf LeiharbeiterInnen für Niedriglöhne. Sie sind siebenmal häufiger als andere sozialversicherungspflichtige Beschäftigte zusätzlich auf Hartz IV angewiesen, was die öffentliche Hand allein in Bayern rund 70 Mio. Euro im Jahr kostet. Dem muss ein gesetzlicher Riegel vorgeschoben werden. Daher muss grundsätzlich gelten: Gleiches Geld für gleiche Arbeit und gleiche Behandlung von LeiharbeiterInnen vom ersten Tag der Beschäftigung an.

115

120

125

130

6. Mehr internationale Solidarität üben

Die derzeitige Finanzkrise in Europa ist u.a. auch das Ergebnis eines rücksichtslos ausgenutzten Wettbewerbsvorteils, wie z.B. eine unverhältnismäßig große Lohnzurückhaltung bei uns in Deutschland.

135

140 Dadurch wurden von uns auch viele Exportüberschüsse zu Lasten der anderen Länder
in Europa erzielt, die von Absatzländern hauptsächlich durch Schulden – oft bei
deutschen Banken – finanziert wurden. Lohnzurückhaltung in Deutschland darf
daher nicht zum unsolidarischen Wettbewerbsvorteil gegenüber den
ArbeitnehmerInnen in den anderen europäischen Ländern ausgenutzt werden.
Wir brauchen daher ein größeres solidarisches Verhalten, das vor allem von uns, als
145 finanziell und wirtschaftlich stärkstes Land in Europa, an den Tag gelegt werden
muss. Eine rigorose Sparpolitik und die Zerstörung von Binnenmärkten lösen das
Problem nicht. Sie verschärft damit nur die finanzielle Krisensituation in ganz
Europa.

150 7. Ein sicheres Alter schaffen

Die derzeitige Altersversorgung kommt durch die zunehmende demographische
Entwicklung allmählich immer mehr in finanzielle Schwierigkeiten. Sie muss daher
dringend geändert werden, damit sie auch in Zukunft noch sozial gesicherten
Bestand hat. Auch die Rentenreformen seit 2001 haben das Alterssicherungssystem
155 in Deutschland deutlich geschwächt, insbesondere durch die Einführung der
Nachhaltigkeitsfaktoren und dem Zwang zur privaten Altersvorsorge, die sich aber
Viele nicht leisten können.

160 Daher muss die gesetzliche, Umlage finanzierte Rente so umgestellt werden, dass sie
ein finanziell sicheres Alter auch ohne private Vorsorge gewährleistet. Der Beschluss
des 2. Parteikonvents unserer Partei zur Rentenpolitik ist ein erster richtiger Ansatz.
Er will auch das weitere Absinken des Rentenniveaus verhindern. Dennoch muss aber
der Beschluss noch weiter ausgebaut werden, um wirklich Altersarmut zu vermeiden
und Lebensstandardsicherung zu gewährleisten. Auch die Pflegebedürftigkeit nimmt
zu. Deshalb ist eine in Zukunft noch bezahlbare, ausreichende, umlagefinanzierte
165 Pflege für alle zu sichern.

8. Eine Erwerbstätigenversicherung für alle einführen

170 Die Ausdehnung der gesetzlichen Rentenversicherung auf die gesamte Erwerbsbe-
völkerung mit der schrittweisen Einführung der Rentenversicherungspflicht für alle
im Erwerbsleben Stehenden ist ein weiterer unumgänglicher Schritt zur
Modernisierung des Sozialstaates. Daher muss eine Erwerbstätigenversicherung für
alle eingeführt werden. Zugleich sind die Subventionen für die private
Altersversorgung abzuschaffen.

175 9. Den Übergang vom Arbeitsleben in den Ruhestand neu regeln

Die Probleme der demographischen Entwicklung können nicht mit der „Rente mit
67“ gelöst werden. Diese geht von einem falschen arbeitsmarktpolitischen Ansatz
aus und an der Realität der Arbeitswelt vollkommen vorbei. Es ist daher notwendig,
den Übergang vom Arbeitsleben in den Ruhestand flexibler und gesetzlich neu zu
180 regeln.

10. Die Chancengleichheit für ältere ArbeitnehmerInnen auf dem Arbeitsmarkt verbessern

185

Auch wenn in letzter Zeit die Erwerbsbeteiligung Älterer etwas gestiegen ist, so muss die Beschäftigungsquote für 55- bis 64-Jährige noch erhöht werden. Dazu gehört z.B., dass Ältere nicht mehr vorzeitig „aufs Altenteil“ abgeschoben werden. Weiterbildung und Qualifizierung dürfen Älteren nicht mit dem Hinweis aufs Lebensalter verwehrt werden. Alt und Jung können sich am Arbeitsplatz hervorragend ergänzen und voneinander profitieren.

190

Weiterleitung an:
SPD-Parteivorstand

II. Resolutionen

Sozialdemokratische Ziele ins Zentrum zu stellen

Bundesvorstand, AG 60plus

(Angenommen)

5 Wir sind mit unserem Regierungsprogramm 2013 bis 2017 zur Bundestagswahl für einen Politikwechsel angetreten. Unser Ziel: soziale Gerechtigkeit. Wir wollen uns um mehr und bessere Bildung kümmern, Investitionsstau in Kommunen beseitigen und die öffentliche Infrastruktur verbessern. Und wir stehen für einen Kurs gesellschaftlicher Modernisierung. Für dieses Programm und für diesen
10 Politikwechsel haben uns unsere Wählerinnen und Wähler ihr Vertrauen ausgesprochen.

Das enttäuschende Wahlergebnis hat uns aber gezeigt:

15 Es ist uns in den vergangenen vier Jahren nur zu einem kleinen Teil gelungen, verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen. Unsere differenzierte und verantwortungsvolle Politik in der Opposition, insbesondere zur Bewältigung der Finanzmarktkrisen in Europa, ist nicht deutlich geworden.

20 Hier gilt es künftig stärker auf politische Profilbildung zu achten. Deshalb ist es in den nun anstehenden Koalitionsverhandlungen umso wichtiger, unsere programmatischen Ideen und Forderungen zum Maßstab für die Verhandlungen und für die Bewertung der Ergebnisse zu machen. Dabei ist ein besonderer Blick auf die größte Wählergruppe, die Generation 60plus, zu richten.

25

Eine Koalition ist kein Selbstzweck. Es geht uns um eine andere und bessere Politik, um eine Politik die Ziele formuliert und entscheidungsstark verfolgt. Und es geht auch um unsere Glaubwürdigkeit. Deshalb schlagen wir vor, bei den nun anstehenden Verhandlungen folgende sozialdemokratischen Ziele ins Zentrum zu
30 stellen:

- Das SPD Konzept gute Arbeit. Dazu gehört für uns die Einführung eines allgemeinen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro. Dazu gehören die Regulierung von Leiharbeit, das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, das Verbot des Einsatzes von Leiharbeiter*innen als Streikbrecher sowie die Missbrauchsbekämpfung von Werkverträgen. Bei Minijobs muss die Umgehung des Arbeitsrechts künftig ausgeschlossen sowie deren soziale Absicherung verbessert werden. Nur gute Arbeit eröffnet die Chance auf gute Renten.
- 35
- 40 Wir brauchen eine gerechte Weiterentwicklung unserer sozialen Sicherungssysteme. Dazu gehören für uns die Sicherung des Rentenniveaus, die Bekämpfung von Altersarmut und die Gestaltung von flexiblen Übergängen von der Arbeit in die Rente. Wir wollen den Einstieg in die Bürgerversicherung und in diesem Zusammenhang die Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Und wir benötigen eine umfassende und solidarische Pflegereform, deren Bestandteile unter anderem die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs, die Aufwertung der pflegerischen Berufe sowie die Einführung einer flexiblen Pflegezeit für Angehörige sind.
- 45
- 50 Wir wollen die Chancen insbesondere benachteiligter Gruppen vergrößern und fordern deshalb eine bessere Bildung für alle und entsprechend mehr finanzielle Mittel. Dazu muss aber auch das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern fallen, damit der Bund seinen Teil der finanziellen Verantwortung übernehmen kann. Wir wollen allen jungen Menschen mehr Chancen geben. Deshalb wollen wir eine Ausbildungsgarantie einführen und die Ausbildungsbedingungen unter anderem durch die Einführung einer Mindestausbildungsvergütung verbessern. Und wir wollen das BAföG ausbauen, damit mehr jungen Menschen ein Studium ermöglicht wird.
- 55
- 60 Wir müssen die stetig weiter steigenden Mieten in den Griff bekommen. Dazu muss eine Mietpreisbremse bei Wiedervermietungen eingeführt und die Maklergebühren neu geordnet werden. Künftig muss auch hier der Grundsatz gelten: Wer bestellt, bezahlt. Wir benötigen außerdem erhebliche öffentliche Investitionen in den Neubau von familien- und altengerechten Wohnungen unter anderem im Bereich des geförderten Wohnungsbaus sowie der energetischen und behindertengerechten Sanierung von Wohngebäuden. Damit wollen wir auch der schwierigen Wohnsituation älterer Menschen, die oft zu Vereinsamung führt, Rechnung tragen.
- 65
- 70 Wir brauchen einen Kurswechsel auch in der Europapolitik. Ländern, die am meisten unter den Folgen der Krise zu leiden haben, ist eine Zukunftsperspektive geben. Wir benötigen vor allem einen entschiedenen Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit. Dafür braucht es ein Wachstumsprogramm, das seinen Namen verdient und unter anderem durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und dieselben Instrumente, mit denen auch Länder und Banken gestützt werden, finanziert werden kann. Und wir brauchen einen ehrlichen Umgang mit der gemeinsamen Haftung für Schulden. Deshalb bleiben wir bei unserer Forderung nach einem europäischen Schuldentilgungsfonds und einer Bankenunion mit einem nur von den Banken gespeisten Abwicklungsfonds.
- 75
- 80 Die SPD steht für eine Außenpolitik, die dem Frieden verpflichtet ist. Dazu gehört eine Stärkung der zivilen Krisenprävention und Konfliktregelung um Fluchtursachen

85 zu begegnen. Dazu gehört aber auch eine Beschränkung von Waffenexporten. Deshalb fordern wir ein Verbot von Waffenexporten in Krisenregionen und Ländern, in denen Menschenrechte verletzt werden sowie eine stärkere Kontrolle von Waffenexporten durch ein parlamentarisches Gremium im Bundestag.

Für diese Punkte stehen wir in den Verhandlungen und auf Grundlage dieser Punkte werden wir mögliche Verhandlungsergebnisse bewerten.

Zukunft Europa oder wieder Kleinstaaterei? Es führt kein Weg zurück!

Bundesvorstand, AG 60plus

(Angenommen)

5 Die Finanz- und die darauf folgenden sozialen Krisen haben Zweifel entstehen lassen, ob unser Weg nach Europa noch der Richtige ist. So mancher wünscht sich das alte bundesrepublikanische Deutschland mit der D-Mark zurück ohne zu bedenken, dass sich seit der Einführung des EURO vor fast 12 Jahren das Umfeld
10 grundlegend gewandelt hat.

Nicht nur die Globalisierung und damit die Verflechtung der Volkswirtschaften weltweit scheinen unumkehrbar; auch die politischen Machtstrukturen verlagern sich – in einem scheinbar unaufhaltbaren Prozess.

15 Der demografische Wandel und damit das verhältnismäßige Anwachsen des älteren Bevölkerungsanteils in den westlichen Industrieländern setzt unsere Sozialsysteme unter Veränderungsdruck und hat zur Folge, dass sich auch die Einstellung zur Zuwanderung wandeln muss.

20 Ganz abgesehen von den Anstrengungen, die uns der Erhalt einer lebenswerten Umwelt jetzt und auch in Zukunft abfordern wird.

25 Nichts davon ist auch nur annähernd durch ein einzelnes Land zu steuern und zu leisten. Aber den Folgen können wir nicht ausweichen. Das wird allein schon deutlich, wenn man den Blick über das Mittelmeer auf die Konflikte in den nahöstlichen Ländern richtet. Und wie die kürzlichen Ereignisse vor Lampedusa zeigen, erfordern die Achtung der Menschenwürde und Mitmenschlichkeit, dass wir die Augen davor nicht verschließen.

30 Zweifellos war und ist auch der Weg nach Europa nicht immer einfach: Die vielen Kompromisse zwischen bis zu 28 Mitgliedstaaten, die oft genug weit unterhalb des Erwarteten liegen und jegliche Transparenz vermissen lassen, die allzu zögerliche Umsetzung einmal gefasster Beschlüsse, z. B. zur politischen Zählung der
35 Finanzmärkte, sind wenig geeignet, neues Vertrauen zu schaffen.

Unsere Geschichte seit der letzten Zäsur durch den 2. Weltkrieg zeigt aber, dass der Weg zu Demokratie und Rechtsstaat ein guter war für unser Land und für das

40 Zusammenleben mit unseren Nachbarn in Frieden und Wohlstand. Er hat uns kulturelle Bereicherung gebracht wie auch die Wiedervereinigung ohne Blutvergießen.

45 Die gegenwärtige Krise Europas ist Teil eines weltweiten Prozesses der Neujustierung, der nur durch gemeinsames Handeln gestaltet werden kann. Wie die Entwicklung in einigen Mitgliedsländern zeigt, werden durch den Rückzug auf vergangene engstirnige und nationalistische Strukturen nur wieder überwunden geglaubte Ideologien neu belebt.

50 In ihrer Geschichte hat die Sozialdemokratie niemals an nationalen Grenzen Halt gemacht; ihre Solidarität war immer international ausgerichtet. Deshalb lasst uns offen bleiben für die notwendigen Veränderungen und gemeinsam weiterbauen an einem Europa, das sich an sozialdemokratischen Grundwerten ausrichtet: Soziale Gerechtigkeit und Solidarität.

III. Weitere Anträge

1. Für erledigt erklärt wurden die Anträge:

A2;A4;A7;A8;G1;O1;O3;O7;T1;W1;W4;S1;Ini1;S3;

2. Abgelehnt wurden die Anträge:

3. Nichtbefassung wurde beschlossen für die Anträge:

O2;T4;

4. Zurückgezogen wurden die Anträge:

S10;S11;